

Wer soll das bezahlen?

Autor(en): **Boos, Susan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2011)**

Heft 3: **Jetzt einsteigen in die Energiewende!**

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586735>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

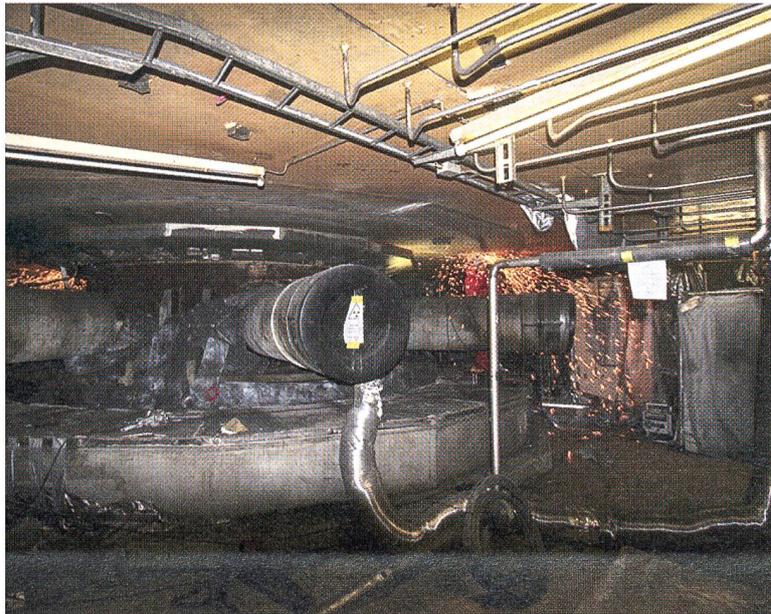
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wer soll das bezahlen?

Würden die drei ältesten Schweizer Reaktoren früher als geplant vom Netz genommen, fehlt das Geld für den Rückbau, weil das Kernenergiegesetz davon ausgeht, dass – trotz teils ernsthafter Sicherheitsmängel – auch diese Altmeiler mindestens fünfzig Jahre lang Strom produzieren.

Fotos: Burhard Senkbeil, Kernkraftwerk Stade



Stillgelegtes AKW Stade, Deutschland: Jeder Rückbauschritt ist eine planerische Herausforderung und muss von den Aufsichtsbehörden genehmigt werden.



Von Susan Boos
Redaktorin WOZ, sboos@woz.ch

Ein AKW zu bauen scheint einfach, verglichen mit der Aufgabe, es wieder abzubauen. In Deutschland kann man sich diese Herkulesarbeit anschauen, da befinden sich bereits mehrere Meiler im so genannten Rückbau – zum Beispiel das AKW Stade, das nördlich von Hamburg am linken Elbeufer liegt. Von aussen sieht die Anlage heil aus, doch innen ist sie bereits zu einem grossen Teil ausgeweidet. Burkhard Senkbeil, der Pressesprecher des stillgelegten AKWs, hat schon vielen BesucherInnen erklärt, wie man ein AKW zerlegt. Er macht es routiniert, aber auch wehmütig. «Wir sitzen auf dem Ast, den wir absägen», sagt er und macht keinen Hehl daraus, dass er Deutschlands Atomausstieg für einen schweren Fehler hält. Seit November 2003 ist die Anlage definitiv vom Netz. 400 bis 500 Leute sind seither im Schichtbetrieb, rund um die Uhr, sieben Tage die Woche mit dem Rückbau beschäftigt.

Ein unendlicher Geduldsjob

Vier Jahre hat es gedauert, bis das AKW Stade gebaut

war – doch es wird 14 Jahre dauern, bis es vollständig abgebrochen ist. Allein das Ausräumen des Beckens, in dem früher die abgebrannten Brennelemente lagerten, war ein enormer Geduldsjob. Die Männer standen am Rand des 12 Meter tiefen Beckens und mussten mit langen Stangen, an denen unten Greifer befestigt waren, unter Wasser die Einbauten abmontieren. Das Becken war mit Wasser gefüllt, weil Wasser vorzüglich Strahlung abschirmt. Stets muss man bedacht sein, die kontaminierten Teile so auseinander zu nehmen, dass die Arbeiter möglichst wenig Strahlung abbekommen – das macht den Rückbau so langsam. Und so dauerte es eineinhalb Jahre, bis das Brennelementebecken leer und sauber war.

Jeder Rückbauschritt ist eine planerische Herausforderung und muss von den Aufsichtsbehörden genehmigt werden. «Bei einem AKW, das sich im Rückbau befindet, wird vieles neu gebaut», sagt Senkbeil. Es werden zum Beispiel staubdichte Kabinen eingebaut, in denen höher kontaminierte Teile zerlegt werden, damit der radioaktive Staub nicht noch die Räume verseucht, die sauber sind. Manchmal müssen die Männer auch in Sauerstoff gefüllten Schutzanzügen ans Werk. Doch schützen diese martialischen Anzüge

nicht vor Strahlung, sie verhindern lediglich, dass die Arbeiter giftigen oder radioaktiven Staub einatmen.

Der Rückbau von Stade wird am Ende 500 Millionen Euro kosten. Das ist noch relativ günstig. Das AKW gehört dem deutschen Energiekonzern E.on, der noch ein zweites AKW besitzt, welches sich bereits im Rückbau befindet – Würzgassen, das nördlich von Kassel liegt. Der Rückbau von Würzgassen wird mindestens 700 Millionen kosten. Diese Anlage ist fast baugleich wie das AKW Mühleberg bei Bern, es hatte nur eine etwas höhere Leistung. Würzgassen wies dasselbe Problem auf wie der Berner Meiler: einen rissigen Kernmantel.

Bei Würzgassen hatte man die Risse im Kernmantel 1994 entdeckt. Die deutschen Behörden verlangten danach, die AKW-Betreiberin müsse den kaputten Kernmantel austauschen, sonst dürfe die Anlage nicht weiter betrieben werden. Preussenelektra (heute E.on) beschloss daraufhin, das AKW stillzulegen, weil die Reparatur zu teuer gekommen wäre.

Würzgassen wie Mühleberg sind Siedewasserreaktoren, das macht ihren Rückbau komplizierter, weil mehr Räumlichkeiten der Anlage radioaktiv belastet sind als bei einem Druckwasserreaktor (Stade ist ein solcher Druckwasserreaktor, ebenfalls die beiden ältesten Schweizer Reaktoren Beznau I und II).

Geld im Stilllegungsfonds reicht nicht

Mühleberg darf – obwohl man dort die Risse schon 1990 entdeckt hat – weiterhin am Netz bleiben. Man hat lediglich versucht, den Kernmantel mit so genannten Zugankern zu stabilisieren. Ob das tatsächlich hilft, ist höchst umstritten. Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI hat im Frühjahr zumindest festgehalten, diese Zuganker seien keine langfristige Lösung. Würde nun auch das ENSI verlangen, der Kernmantel müsse ersetzt werden, wäre es gut möglich, dass die BKW ebenfalls die Stilllegung ihrer Anlage beschliesst, weil der Austausch des Kernmantels etwa 500 Millionen Franken kosten dürfte.

Allerdings fehlt zurzeit das Geld für die Stilllegung. Die AKW-Betreiber sind verpflichtet, regelmässig Geld in einen Entsorgung- und einen Stilllegungsfonds einzuzahlen. Die gesamte Entsorgung inklusive Rückbau und Endlagerung soll – so schätzt der Bund – einmal 15,5 Milliarden Franken kosten. Der Bund geht davon aus, dass die Reaktoren fünfzig Jahre in Betrieb sind und während dieser Zeit ausreichend Geld für den Rückbau und die Entsorgung ansparen.

Der Rückbau von Mühleberg soll nach diesen Berechnungen 379 Millionen Franken kosten. Experten aus Deutschland glauben jedoch nicht, dass dies je so günstig zu machen sein wird. Der Bund ist sich auch nicht mehr so sicher, ob seine bisherigen Kostenschätzungen noch stimmen und lässt sie zurzeit neu rechnen. Aber unabhängig davon fehlen aktuell im Stilllegungsfonds für den Rückbau von Mühleberg 30 Millionen Franken und für Leibstadt 20 Millionen. Würde Mühleberg gar noch in diesem Jahr stillgelegt, fehlten gemäss (der wohl zu tiefen) Kostenberechnungen 130 Millionen Franken – weil das nötige Geld ja erst nach fünfzig Betriebsjahren zusammengespart ist, das AKW aber erst vierzig Jahre in Betrieb ist. Allerdings wurden Beznau I/II und Mühleberg ursprünglich nur für eine Betriebszeit von dreissig Jahren konzipiert. Mit fünfzig Jahren zu rechnen, um den Rückbau zu finanzieren, ist – gelinde gesagt – gewagt.

Wie auch immer, das Geld dürfte nicht reichen. Grundsätzlich muss der Betreiber für Rückbau und Endlagerkosten aufkommen, kann er das nicht, sieht das Kernenergiegesetz (KEG) eine Nachschusspflicht vor: Alle AKW-Betreiber haften solidarisch. Laut KEG könnte allerdings auch der Bund einspringen, falls es für die anderen AKW-Betreiber «wirtschaftlich nicht tragbar» wäre, die Kosten zu übernehmen. Am Ende müssten also die SteuerzahlerInnen dafür gerade stehen. Indirekt bezahlt aber ohnehin die Allgemeinheit, weil die Schweizer AKW mehrheitlich der öffentlichen Hand gehören. <

Die SES hat zwei neue Stiftungsräte

Mit Freude kann die Energie-Stiftung bekannt geben, dass sie seit Ende Mai 2011 zwei neue Stiftungsräte hat. Michael Kaufmann und Andreas Ulbig. Beide bringen langjährige Erfahrung im Energiebereich mit.



Michael Kaufmann ist gelernter Agraringenieur ETH. Er führte diverse Projekte im Bereich Landwirtschaft, Ernährung, Lebensmittel sowie im Kultur- und Musikbereich. In den 90er-Jahren war er Inlandredaktor der Tageszeitung Berner Tagwacht, zuletzt Chefredaktor. Nach 5 Jahren in der Geschäftsleitung des Berner Ökologie- und Planungsbüros naturaqua PBK war er ab 2004 als Vizedirektor im Bundesamt für Energie zuständig für das Programm «EnergieSchweiz» und betreute die Bereiche «Energieeffizienz» und «erneuerbare Energien». Seit 2011 ist Kaufmann, der nebenberuflich seit Jahren musikalisch tätig ist, Direktor der Hochschule für Musik in Luzern. Kaufmann war zudem 20 Jahre politisch tätig, davon 12 Jahre für die SP im Berner Kantonsparlament.



Andreas Ulbig ist Ingenieur, kommt aus Berlin und hat Technische Kybernetik in Hamburg, Stuttgart und Paris studiert. Während des Studiums hat er beim französischen Netzbetreiber RTE gearbeitet und einige Monate am California Institute of Technology (Caltech) in Pasadena, Kalifornien, verbracht. Nach dem Studium war er ein Jahr als Trainee und Consultant im Bereich Öl und Gas-Fördertechnologie bei der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris tätig. Seit 2008 arbeitet er als Doktorand im Power Systems Laboratory an der ETH Zürich. In seiner Doktorarbeit beschäftigt er sich mit Fragen der Netzintegration von erneuerbaren Energien und des Ausbaubedarfs des europäischen Stromnetzes.

Die beiden neuen Stiftungsräte treten an die Stelle von Sabine Gresch und Rüdiger Paschotta, welchen an dieser Stelle nochmals herzlichst gedankt sei für deren langjährigen Einsatz für die SES.